

A9 Jemen- der vergessene Krieg

Antragsteller*in: Paula Moser (KV Dresden)

Antragstext

1 Nach der Ermordung des ehemaligen Präsidenten des Jemen, Vorname Saleh, und der
2 weiteren Zersplitterung der Konfliktparteien ist eine langfristige Lösung für
3 den seit 2015 andauernden bewaffneten Konflikt im Jemen in weite Ferne gerückt.
4 Die Situation im Jemen ist laut den Vereinten Nationen die schlimmste humanitäre
5 Katastrophe seit dem zweiten Weltkrieg. Um eine Normalisierung der humanitären
6 Katastrophe zu verhindern, fordern wir eine konsequente Verurteilung und
7 Sanktionierung der illegalen Blockaden humanitärer Hilfsgüter, einen Stopp der
8 Waffenlieferungen an die beteiligten Kriegsparteien und eine umfangreiche und
9 feministische Herangehensweise an mögliche Waffenstillstandsverhandlungen.

10 1. Aktiv gegen die humanitäre Katastrophe im Jemen - keine 11 Normalisierung des Leidens!

12 Laut UNICEF benötigen rund 80% der jemenitischen Bevölkerung dringend humanitäre
13 Hilfeleistungen. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate setzen
14 dabei die gezielte See- und Luftblockade von humanitärer Hilfe als perfide
15 Kriegstaktik ein. Dieses Vorgehen ist völkerrechtswidrig und verstößt gegen die
16 Genfer Konvention sowie die Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216.

17 Zu den weiteren Verstößen aller Kriegsparteien gehören gewaltsame Angriffe auf
18 friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten sowie die Blockade elektronischer
19 Kommunikation, Verschwindenlassen, Folter und außergerichtlichen Tötungen und
20 der Einsatz von Kindersoldat*innen. Reporter ohne Grenzen gehen von eine
21 Dunkelziffer verschwundener Personen aus, unter anderem geflüchteter und
22 getöteter Journalist*innen. Eine flächendeckende Dokumentation und Information
23 über Menschenrechtsverletzungen kann nicht gewährleistet werden.

24 Auch Kinder leiden stark unter der im Jemen vorherrschenden Gewalt. Ihr Recht
25 auf Leben, Gesundheit, Bildung, sowie ihr Schutz vor Missbrauch,
26 Zwangsrekrutierung und Zwangsarbeit wird während des bewaffneten Konflikts nicht
27 gewährleistet. Mehr als 12 Millionen der jemenitischen Kinder benötigen
28 dringende humanitäre Hilfe. Unterernährung, der fehlende Zugang zu Bildung und
29 die Traumatisierung durch ständige Konfrontation mit Gewalt lässt im Jemen eine
30 ganze Generation verelenden.

31 Wir verurteilen die Politik Saudi-Arabiens, der Vereinigten Arabischen Emirate
32 und des Iran, die im Jemen einen Stellvertreter*innenkrieg auf dem Rücken der
33 Bevölkerung austragen. Wir bekräftigen die Forderungen der BDK 2018 und fordern:

- 34 • Die Bundesregierung auf, auf alle Kriegsparteien einzuwirken, den Zugang
35 für Hilfs- und Lebensmittellieferungen uneingeschränkt sicherzustellen;
- 36 • Die Bundesregierung auf, sich für targeted sanctions gegen die
37 Verantwortlichen der Kriegsparteien einzusetzen, die Schlüsselpositionen
38 in der Entscheidung für die Blockade humanitärer Hilfeleistungen tragen.
39 Dies ist auch in den Sicherheitsratsresolutionen 2140 und 2216
40 vorgesehen. Die Wahrung des humanitären Völkerrechts und menschenrechtliche

41 Grundsätze müssen vor anderen außenpolitischen Abwägungen der EU und der
42 Bundesregierung hinsichtlich der im Krieg beteiligten Staaten stehen;

- 43 • Alle Beteiligten auf, die besonderen Bedürfnissen der von der humanitären
44 Krise im Jemen betroffenen Kinder bei Hilfeleistungen besonders zu
45 berücksichtigen

46 2. Die EU trägt ihre Mitschuld: Waffenexporte stoppen!

47 Um die andauernde humanitäre Katastrophe im Jemen nicht zu verschlimmern, muss
48 die Bundesregierung einen sofortigen Stopp von Waffenexporten an die
49 Kriegsparteien umsetzen. Zu den von der EU belieferten Kriegsparteien zählt die
50 arabische Koalition aus Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate,
51 Ägypten und sowie der Sudan.

52 Ein Bericht der Expert*innenkommission des Menschenrechtsrates der Vereinten
53 Nationen (VN) vom August 2018 bestätigt mehrfach Brüche des humanitären
54 Völkerrechts seitens der kriegführenden Parteien. Die Prämisse, zivile Opfer zu
55 meiden, wurde von keiner der Kriegsparteien eingehalten. Dabei wurden mehrfach
56 zivile Infrastruktur wie Märkte, Krankenhäuser und Schulen zur Zielscheibe der
57 Auseinandersetzungen. Recherchen von German Arms sowie der investigativen
58 Plattform Disclose belegen deutlich die Nutzung von deutschen und französischen
59 Waffen durch die im Jemenkrieg beteiligte arabischen Allianz.

60 Lieferungen an die Kriegsparteien verletzen die politischen Richtlinien der
61 Bundesregierung zu Rüstungsexporten, sowie mehrere vom Europäischen Parlament
62 gefassten Beschlüsse, darunter der Beschluss 2017/2849. Diese sehen vor,
63 Rüstungsexporte an die im Jemenkrieg beteiligten Staaten unmittelbar zu stoppen.
64 Die temporär eingeführten Exportstopps an Saudi-Arabien im November 2018 haben
65 dabei nicht zu einem langfristigen und umfangreichen Stopp der Exporte geführt.
66 Erstens wurden trotz Exportstopp sondergeschützte Geländewagen im Wert von rund
67 800.000€ exportiert. Zweitens betraf der Exportstopp keine
68 Gemeinschaftsprojekte, sodass die Lieferung von deutschen Zwischenprodukten an
69 Waffenlieferant*innen in Frankreich und Großbritannien weiter ging. Drittens
70 stoppte die Bundesregierungen nicht die Waffenlieferungen an die Vereinigten
71 Arabischen Emirate, die als Teil der arabischen Koalition mit Saudi-Arabien im
72 Jemenkrieg agieren und allein im ersten Halbjahr 2019 Waffenlieferungen in
73 erschreckender Höhe von 200 Millionen Euro aus Deutschland erhielten.

74 Wir bekräftigen die Forderungen der BDK 2018 und fordern:

- 75 • Einen dauerhafter Stopp von Waffenexporten an die im Jemenkrieg
76 beteiligten Staaten zu verhängen, keine neuen Genehmigungen von
77 Waffenlieferungen an diese Staaten zu erteilen, bereits erfolgte
78 Genehmigungen zu widerrufen und keine weiteren Ausfuhrgenehmigungen zu
79 erteilen. Eine de-minimis-Regelung für die Lieferung von Zwischenteilen an
80 Waffenproduzent*innen außerhalb Deutschlands lehnen wir ab;
- 81 • Sich gegenüber weiterer Waffenlieferant*innen, inklusive der USA,
82 Großbritannien und Frankreich, für einen Stopp der Lieferungen
83 einzusetzen.

84 3. Frauen*,inter* und trans* Personen (FIT):
85 marginalisierte Gruppen schützen und stärken!

86 Im ersten halben Jahr des Konflikts ist die geschlechtsspezifische Gewalt in
87 Jemen über 70 Prozent angestiegen. Von Kinderehen waren 2017 14 Prozent mehr
88 Mädchen* unter 18 betroffen als noch im Jahr zuvor. Das hängt damit zusammen,
89 dass sich ökonomische Situation von Frauen* und Kindern aufgrund traditioneller
90 Familienrollen rapide verschlechtert, sobald der Ehemann und Familienvater aus
91 kriegsbedingten Gründen ausfällt. Jemen ist derzeit auf dem letzten Platz des
92 Women, Peace and Security Index des Georgetown Instituts - hinter Syrien und
93 Afghanistan. Von dem Index werden unter anderem die durchschnittliche Anzahl an
94 Schuljahren, die Beschäftigungsquote, die Verbreitung der Handynutzung durch
95 Frauen*, die finanzielle Inklusion, der Anteil an Parlamentssitzen und
96 Diskriminierung erfasst - in allen diesen Kategorien schnitt Jemen im Jahr 2019
97 am schlechtesten ab. Dabei betrifft auf Geschlecht basierende Diskriminierung
98 nicht nur Frauen*, sondern oft auch inter* und trans* Personen. Genaue Angaben
99 zu diesen Personengruppen sind aufgrund fehlender Datenerhebung leider nicht
100 möglich.

101 Für eine Nachkriegsordnung sind die Folgeschäden eines bewaffneten Konfliktes
102 mitzudenken: die Traumatisierung eines großen Teils der Bevölkerung erhöht das
103 Risiko von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt. Hier müssen Prävention
104 und Nothilfe gewährleistet werden.

105 Das Chaos des Krieges hat allerdings auch neue Möglichkeiten eröffnet: zwar
106 werden die politischen Aktivitäten von Frauen* im öffentlichen Raum weiter
107 beschränkt, jedoch werden Frauen* zunehmend in zivilgesellschaftlichen Räumen
108 aktiv. Dabei nehmen sie beispielsweise Einfluss auf Entwaffnung, Demobilisierung
109 und Reintegration und die Reduktion von Waffenproliferation. Auf kommunaler
110 Ebene arbeiten Frauen* in einigen Situationen an Frieden, indem sie bewaffnete
111 Akteure konfrontieren und informell Konflikte schlichten. Zusätzlich zeigt sich,
112 dass die Frauen* Bewusstsein für Friedensarbeit in lokalen Gemeinschaften
113 schaffen und diese aktiv vorantreiben - so gibt es bereits Beispiele, in denen
114 Frauen* Friedensverträge zwischen ihren Gemeinschaften und Rebellengruppen
115 vermittelt haben. Bisher haben die VN Frauen* oder Frauen*rechtsgruppen jedoch
116 nicht am offiziellen Friedensprozess beteiligt, was einem umfassenden,
117 inklusiven und nachhaltigem Frieden klar im Weg steht und die Chancen von
118 dauerhaftem Erfolg mindert.

119 Ohne die Frauen* ist ein nachhaltiger Frieden nicht denkbar. Doch feministische
120 Friedenspolitik sollte auch immer intersektional gedacht werden: Personen, die
121 aufgrund von - einschließlich, aber nicht ausschließlich - ihrer sexuellen
122 Orientierung, Hautfarbe, Behinderung, Ethnie, Religion oder ökonomischen Lage
123 marginalisiert oder mehrfach diskriminiert werden, müssen am Friedensprozess
124 beteiligt werden. Nur so kann ein Frieden inklusiv und damit nachhaltig
125 gestaltet werden.

126 Das Friedenspotential verschobener Geschlechterhierarchien durch den Krieg muss
127 genutzt und Frauen* und andere marginalisierte Gruppen für einen Friedensprozess

128 und die daraus resultierende Nachkriegsordnung ermächtigt werden. Daher fordern
129 wir:

- 130 • Die Teilnahme von Frauen* und anderen marginalisierten Gruppen an Waffen-
131 und Friedensverhandlungen zu ermöglichen, anzuerkennen und zu
132 unterstützen;
- 133 • Frauen* in kommunalen Gemeinschaften durch finanzielle und technische
134 Unterstützung zu stärken. Dazu gehören
 - 135 ◦ die Sensibilisierung und Ausbildung zum Thema Frauen*, Frieden und
136 Sicherheit,
 - 137 ◦ Mediations- und Verhandlungstrainings
 - 138 ◦ sowie die Vernetzung verschiedener Frauen*gruppen im Jemen und in
139 anderen Konfliktkontexten;
- 140 • Die Situation von inter* und trans* Personen, die in den Statistiken
141 bisher nicht aufgegriffen werden, zu untersuchen und aktiv zu
142 unterstützen.

143 4. Die Post-war Phase im Blick behalten und begleiten

144 Trotz der festgefahrenen Situation im Jemen sind Reflektionen über die
145 Gestaltung der Post-war-Phase wichtig. Aktuell kann durch das Sammeln von Daten
146 vermutlicher Kriegsverbrechen dazu beigetragen werden, eine angemessene Ahndung
147 dieser nach Ende des Konflikts zu ermöglichen. Die unrechtmäßigen Angriffe auf
148 zivile Ziele, die Zwangsrekrutierung von Kindersoldat*innen und das Foltern und
149 Verschleppen von Dissident*innen, müssen in einer Post-Konfliktphase in einem
150 Prozess der Gerechtigkeit aufgearbeitet werden.

151 Waffen- und Friedensverhandlungen können nur mit einer breiten Einbindung der
152 jemenitischen Gesellschaft erfolgreich sein. Eine nachhaltige Lösung kann nur
153 gefunden werden, wenn die Interessen sunnitischer und schiitischer
154 Bevölkerungsgruppen sowie religiöser Minderheiten, und auch weitere regionale
155 Präferenzen berücksichtigt werden. Um die divergierenden Interessengruppen in
156 einem Staat zu vereinen, könnten verschiedene regionale Gestaltungs- und
157 Entscheidungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Die geostrategischen Vorteile der
158 Küstenregion um Aden müssen in Friedensverhandlungen in gerechter Weise
159 berücksichtigt werden.

160 Die Verteilung von natürlichen Ressourcen könnten in einer möglichen regionalen
161 Aufschlüsselung berücksichtigt werden. Auch der Jemen ist von der Klimakrise in
162 Form von Dürren und Wüstenbildung auf der einen Seite, und starken
163 Überschwemmungen auf der anderen Seite, betroffen. Die Bevölkerung sollte in die
164 Diskussion um Problembereiche wie die Wasserressourcen des Landes mit
165 eingebunden werden, um die Entstehung neuer Konfliktherde zu vermeiden.

166 Deshalb fordern wir:

- 167 • Die EU auf, in einer Rolle als Mediatorin und in Zusammenarbeit mit den
168 Vereinten Nationen die Initiative für neue Friedensgespräche zu
169 übernehmen, deren erstes Ziel ein schnellstmöglicher Waffenstillstand und
170 die Gewährung humanitären Zugangs sein muss. Die Beteiligung von FIT-
171 Personen an den Friedensgesprächen muss dabei durch die VN unterstützt
172 werden.
- 173 • Die VN auf, die divergierenden regionalen Interessensgruppen in der
174 jemenitischen Gesellschaft bei Verhandlungen über die Zukunft des Jemen
175 gleichberechtigt einzubinden.
- 176 • Die Bundesregierung und die EU auf, Untersuchungen und Datenbanken, welche
177 die Ahndung der Kriegsverbrechen nach Ende des Konflikts ermöglichen,
178 gezielt zu unterstützen.

Begründung

Sowohl im Bundestag als auch innerhalb der Partei existieren bereits Beschlüsse zum Krieg im Jemen. Doch dem Konflikt wird weder in Deutschland noch in der Weltöffentlichkeit die Aufmerksamkeit gegeben, die der Dramatik der Situation angemessen wäre. Dies ist gefährlich, denn wo Aufmerksamkeit dauerhaft verschwindet, schwindet bald auch die Unterstützung für eine positive Transformation der Situation - sowohl finanziell als auch in Handlungen.

Als Bundesarbeitsgemeinschaft "Frieden und Internationales" von Bündnis 90/Die Grünen beleben wir die friedenspolitische Tradition der Partei. Dadurch ergibt sich die Pflicht, weiter laut auf den Krieg im Jemen hin zu weisen, der unter anderem mit deutschen Waffen geführt wird und die schlimmste humanitäre Katastrophe, die es derzeit gibt, ausgelöst hat. Dabei verschlechtert sich die humanitäre Lage weiterhin - eine diskursive Normalisierung der Situation darf daher nicht zugelassen werden.

Außerdem weist die derzeitige Beschlusslage in Bund und Partei noch Lücken auf: eine feministisch-außenpolitische Betrachtung fehlt, genau wie die Vorstellung einer Nachkriegsordnung.

Die Bündnisgrüne Bundestagsfraktion hat bereits einen wegweisenden Antrag zu feministischer Außenpolitik vorgelegt, es gibt einen Beschluss der LAG Berlin und die Diskussionen um die Relevanz des Themas werden auch im Grundsatzprogrammprozess fortgesetzt. Abseits von grundsätzlichen Entscheidungen müssen wir aber auch beginnen, das Thema Feministische Friedens- und Außenpolitik an praktischen Beispielen anzuwenden und für spezifische Kontexte Lösungsvorschläge zu entwickeln. Die Situation in Jemen zeigt exemplarisch, wie Frauen* weiterhin nicht ausreichend an Friedensverhandlungen beteiligt werden und wie relevant demnach eine feministische Friedenspolitik ist. Insbesondere bei der Gestaltung der Post-Konfliktgesellschaft tragen Frauen*-Inter- und Transpersonen eine wichtige Rolle, um nachhaltigen Frieden zu gewährleisten.

Antragstellerinnen: Charlotte Steinmetz (Grüne Jugend), Paula Moser (Grüne Jugend)

Quellen

<https://made-in-france.disclose.ngo/en/chapter/yemen-papers/>

<https://germanarms.interactive.br24.de/>

<https://www.yemendataproject.org/>

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/internationale-politik/humanitaere-katastrophe-in-jemen-lindern-ruistungsexporte-stoppen>

<https://www.dw.com/de/un-experten-anzeichen-f%C3%BCr-kriegsverbrechen-im-jemen/a-45253943>

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/jemen-un-bericht-zeigt-erneut-notwendigkeit-eines-waffenembargos-auf>

<https://www.unicef.org/emergencies/yemen-crisis>

<https://www.aljazeera.com/news/2019/10/sounds-alarm-children-plaint-war-torn-yemen-191023081944720.html>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-02/saudi-arabien-waffen-embargo-jemen-eu-parlament>

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52017IP0473&from=EN>

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/waffenlieferungen-berlin-genehmigt-waffenlieferungen-fuer-eine-milliarde-an-jemen-kriegsparteien-a-1272658.html>

<https://centreforfeministforeignpolicy.org/journal/2018/9/20/peacebuilding-in-yemen-womens-as-agents-for-peace>

https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/yemen_humanitarian_needs_overview_hno_2018_20171204_0.pdf

https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/CARE_No-Future-for-Yemen-without-Woman-and-Girls_Oct-2016.pdf

[https://undocs.org/en/S/RES/1325\(2000\)](https://undocs.org/en/S/RES/1325(2000))

<https://www2.unwomen.org/-/media/field%20office%20arab%20states/attachments/2018/women%20on%20the%20frontlines-web-rev.pdf?la=en&vs=2003>

<https://giwps.georgetown.edu/country/yemen/>

[Building inclusive peace: gender at the heart of conflict analysis](#), Saferworld 2017

https://www.ecfr.eu/publications/summary/war_and_pieces_political_divides_in_southern_yemen

<http://www.fluchtgrund.de/land/jemen/>

<https://www.hrw.org/world-report/2019/country-chapters/yemen>

<https://www.amnesty.org/download/Documents/MDE3113832019ENGLISH.PDF>

Bisherige Beschlüsse und Anträge der Grünen

BDK-Beschlüsse

https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-23_Beschluss_Das_Leid_im_Jemen_lindern_Ruestungsexporte_stoppen-1.pdf

https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-49_Keine_Waffen_in_Kriegsgebiet.pdf

https://cms.gruene.de/uploads/documents/V-49_Keine_Waffen_in_Kriegsgebiet.pdf

Bundestag:

<https://www.gruene-bundestag.de/themen/internationale-politik/humanitaere-katastrophe-in-jemen-lindern-ruistungsexporte-stoppen>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/008/1900834.pdf>

Antrag der Grünen Fraktion im Bundestag zu feministischer Außenpolitik

<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/079/1907920.pdf>

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/19/087/1908703.pdf>